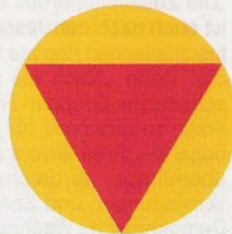
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 2/89

Antifaschismus in Europa stärken

Am 6.-7. Oktober 1988 tagten in Bremen die Präsidenten der Handelskammern aller europäischen Nordsee-Häfen. Es war die 42. Konferenz der hochkarätigen Vertreter des Handels, die im 450 Jahre alten Haus Schütting zusammen gesessen haben. Der Geburtstag war aber der nebensächliche Anlaß für die wichtige Beratung: Welche Forderungen stellt der Handel zum Euro-Binnenmarkt? Gastredner war Dr. K.-H. Harjes, bis Ende 88 Vizepräsident der E.G.-Kommission. "Europa liegt im Plan". Er verkündete die Hoffnung auf die große und starke Wirtschaftsmacht Europa. Die möglichen Nachteile für die Hafenstädte, so schätzten die Handelsherren ein, wären kaum der Rede wert, wenn sie sich nicht von den anderen internationalen Märkten abschotten. Mit dem Appell an die nationalen Regierungen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, wurde zugleich die "Harmonisierung der Steuern" angemahnt. Außerdem dürfe es mit dem Fallen der Binnengrenzen nicht zu einem weiteren Wuchern der E.G.-Bürokratie kommen. Dagegen mahnte Herr Harjes:

„Wer den Zeitpunkt gefährdet, gefährdet Millionen von Stellen und Wachstum." (W.K. 8. 10. 88)

Das mit den Stellen ist natürlich der „Speck" der den Gewerkschaften vorgehalten wird, denn alle Prognosen zu dem E. G.-Binnenmarkt, verkünden ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft (lies Profit) aber auch ein Wachstum der Zahl der Arbeitslosen in Europa um 3,5 Mill. Damit Profit und Arbeitslosigkeit wächst, dafür ist ab Januar 1989 eine neue Mannschaft von 16 Kommissaren ernannt worden. Mit Kommissar-Präsident Jaques Delors — verantwortlich für Währungsfragen seiner französischen Kollegin Christiane Scrivener — für die Steuerharmonisierung — und dem deutschen Kommissar Martin Bangemann — für den Rest des Binnenmarktes — werden im 2. Halbjahr 1989, unter der E. G.-Präsidentenschaft Frankreichs, wichtige Entscheidungen erwartet. Alle Entscheidungen zur Realisierung des Binnenmarktes, werden von den eingesetzten Kommissaren vorbereitet und von dem Regierungs-Gipfel abgesegnet.

Um diese Politik widerspruchslos durchzusetzen, hat das Institut der bundesdeutschen Wirtschaft einen weiteren Angriff auf den D.G.B. und seine Gewerkschaften gestartet. Überheblich behaupten die „Wissenschaftler" des Instituts, der D.G.B. sei in einer Krise, weil er für den Binnenmarkt nicht gerüstet sei. Weil die bundesdeutschen Arbeitnehmer wirtschaftlich und sozial besser gestellt seien als die Arbeitnehmer in den „zuwachsenden Beschaffungs- und Absatzmärkten," sei die Theorie von Ausbeutung und Verelendung veraltet."

1. Selbst nach den Erkenntnissen der 5 Weisen der Bundesregierung stiegen die Nettogewinne der Banken und Wirtschaft von 1982 bis 1988 um mindestens 85 %, während die Nettolöhne und Gehälter im gleichen Zeitraum um 7,9 % wuchsen, die Preissteigerung in den 6 Jahren 9,5 % betrugen. Womit das Nettoeinkommen um die 1,6 % sich minderte: Das macht eben die relative Verelendung aus.

2. Den Gewerkschaften ist sehr wohl bekannt, daß es in den Ländern des zukünftigen Binnenmarktes erhebliche Unterschiede gibt, darum fordern sie ja eine Regelung für alle Arbeitnehmer. Alle sollen die höchsten wirtschaftlichen, die besten sozialen Bedingungen, die qualifizierteste Mitbestimmung bekommen. Daß sollte die Meßlatte aller Daten werden und nicht die der Länder mit dem niedrigeren Niveau.

3. Da der Europäische Binnenmarkt von Kommissaren im Auftrag der Regierungen gebastelt wird, bestehen die Bedenken und Warnungen der Gewerkschaften zu Recht. Dagegen haben der DGB und seine Gewerkschaften durchaus Rezepte. So hat u.a. der zwölfte Ordentliche HBV-Gewerkschaftstag im November 1988 mit einem Antrag, zwei Initiativanträgen und einer Entschließung wesentliche Forderungen zum Binnenmarkt zusammengefaßt. Um die Forderungen durchzusetzen, wurden der HBV-Hauptvorstand und Hauptausschuß aufgefordert, in Abstimmung mit allen Gewerkschaften und dem DGB-Bundesvorstand einen Forderungskatalog aufzustellen.

Dafür soll der DGB seinen Einfluß einsetzen, damit auch die Dachverbände einbezogen werden, die nicht dem Europäischen Gewerkschaftsbund angehören. Die HBV-Gewerkschaft fordert daher folgerichtig: bei den Wahlen im Juni 1989 ist mit allen Gewerkschaften für ein E. P. einzutreten, das den Kampf für ein Europa unterstützt, „in dem sich auch die Arbeitnehmer und die Schwachen und nicht nur die Besitzenden wohlfühlen." (Entschließung 15 HBV-Gewerkschaftstag)

Bis jetzt hat das E.P. nur geringen Einfluß auf die Kommissar- und Regierungsentscheidungen und das wollen die Herrschenden bis zum Jahr 2000 nur langsam ändern, wie Dr. Harjes in Bremen verkündete. Wenn nämlich eine Körperschaft der jetzigen Entwicklung zum Binnenmarkt hilflos gegenüber steht, dann ist es das E.P. Es hat keinen Einfluß auf die Gründung immer neuer Multinationaler Superkonzerne nehmen können. Die Superkonzerne schöpfen jetzt schon kräftig Fett ab.

Wir Antifaschist/Innen begnügen uns aber nicht mit der Darstellung des „Ist-Standes". Zum Ist-Stand zählen wir aber auch den bisherigen Einsatz der Gewerkschaften für ein Europa der Gleichberechtigten.

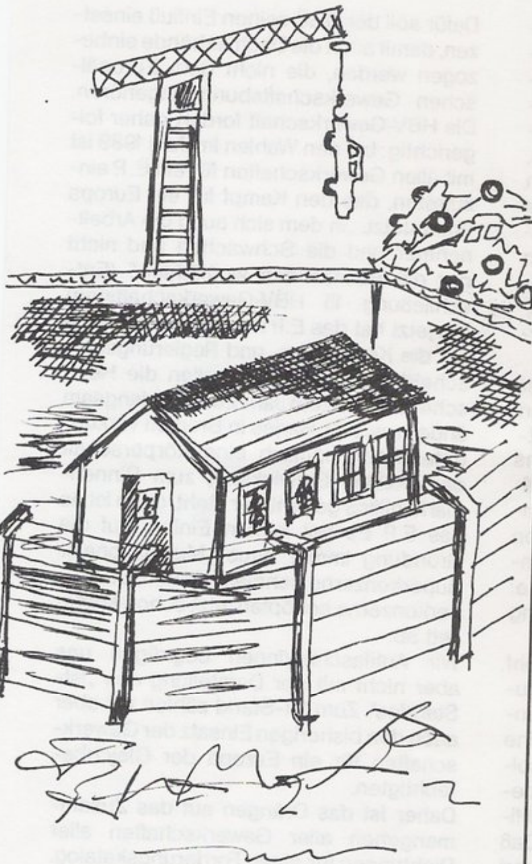
Daher ist das Drängen auf das Zusammengehen aller Gewerkschaften aller Richtungen für einen Forderungskatalog, der sich natürlich auch an den nationalen Bedingungen orientiert, ein gangbarer Weg.

Im gegenwärtigen Wahlkampf ist auch die Forderung zu erheben, dem E. P. alle demokratischen Kontroll und Beschlußrechte einzuräumen, damit die Kommissarenpolitik endgültig der Vergangenheit angehört. Von daher haben die Gewerkschaften ein großes Interesse daran, daß die neofaschistische Allianz DVU / NPD nicht in das Europaparlament einzieht. Die Wahlhilfe des Postminister Schwarz-Schilling für diese Allianz beweist, die Begünstigung neofaschistischer Organisationen.

Das Verhalten des Postministers bestätigt die Feststellung in unserem O. u. A.-Programm:

„Die Zusammenarbeit der Antifaschisten ist auch nach der Beseitigung der letzten faschistischen Regime in Europa notwendig." Denn: „Nach wie vor versuchen faschistische Gruppen Frieden und Demokratie zu zerstören, für Zwecke ihrer Propaganda, ihres Terrors und des Schutzes überführter Verbrecher, internationale Verbindungen und Zentren zu benutzen. Demokratische Wachsamkeit und die Abwehr von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist eine europäische Verpflichtung und weltweite Aufgabe."
Dafür ist hier bei uns in der BRD das antifaschistisch-demokratische Bewußtsein weiter zu stärken und zu festigen.

Willy Hundertmark



Gröpelinger Bündnis
gegen Neofaschismus
und Ausländerfeindlichkeit
z. Hdn. Herrn Dr. Ismail Apul
Gröpelinger Heerstr. 155
2800 Bremen 21
Tel. 6164600
oder 6164258

Bremen, 19. 1. 1989

An Parteien, Organisationen, Vereine, Anwälte, Ärzte, Geschäftsleute, Schulen, Kindertagesheime, Gemeinden, in Gröpelingen

Sehr geehrte Damen und Herren,
aus den Erfahrungen der Bürgerschaftswahl 1987 steht uns allen Mißtrauen und Klimaverschlechterung im Zusammenleben von Gröpelingern unterschiedlicher Herkunftsländer vor Augen, die die Flut menschenverachtender Druckerzeugnisse der DVU-Liste D erzeugte. Durch eineinhalbjährige mühsame Kleinarbeit vieler Einzelpersonen, Institutionen und Vereine im Stadtteil ist es gelungen, einiges wiedergutzumachen. Zum Auftakt des Europawahlkampfes wurden wir alle jetzt schon wieder mit haßerfüllten Postwurfsendungen aus München bedacht. Mit zweifelhaften Umfragen soll suggeriert werden, es diene den Lebensinteressen, in unseren ausländischen Mitbürgern Scheinasylanten und Kriminelle zu sehen. Dies ist Stimmungsmache und Hetze gegen eine Minderheit im Lande, für die die BRD zum Einwanderungsland geworden ist, und die über Jahrzehnte hinweg zum gemeinsamen Wohl beigetragen hat. Menschen sollen plötzlich Fremde werden, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, oft schon hier geboren sind.

Angesichts dieser Welle von Haß fordern wir Sie alle auf, Drickerzeignisse der Liste D wie 1987 an den Sammelstellen abzugeben. (Türkisch-Deutscher Gesprächskreis, Lindenhofstr. 43 – Evangelisches Gemeindebüro, Lindenhofstr. 18 – Nachbarschaftshaus Ohlenhof – Kulturladen Halmer Weg). Wir appellieren an alle Geschäftsleute, Ärzte, Anwälte, Vereinsmitglieder und Organisationen, zu diesem Zeitpunkt unmißverständlich den Anzeigenblättern und sonstigen Werbeträgern gegenüber zu erklären, daß Sie nicht bereit sind, Anzeigen und sonstige Werbung durch Werbeträger vornehmen zu lassen, die Aufforderungen der Liste D abdrucken oder auf andere Weise verbreiten. Angesichts der 26 Mio. DM teuren ersten Postwurfsendung der Liste D erscheint uns eine eindeutige öffentliche Stellungnahme auf Stadtteilebene sehr wichtig. Wir bitten alle Besitzer, Inhaber und Pächter von Kiosken und Schreibwarengeschäften, die Presseerzeugnisse des Herrn Frey nicht mehr auszuhängen. Wir fordern die Mitglieder des Gröpelinger Beirats auf, in ihren Parteien auf einen Wahlkampfpakt hinzuarbeiten, der der Liste D wie 1987 den Weg zu öffentlichem Ansehen versperrt. Vielleicht könnten Sie Ihrerseits dem Gröpelinger Bündnis die Ausgestaltung von Plakaten und Litfaßsäulen ermöglichen. Wir hoffen, mit Ihnen allen gemeinsam ein Klima in Gröpelingen zu schaffen, das ein bewußtes Zusammenleben von Gröpelingern unterschiedlicher Herkunftsländer begünstigt.

Sammellager in Bremen?

Anfang Dezember wurden bei verschiedenen Institutionen und Vereinen Befürchtungen laut, daß ein Sammellager für alleinstehende Asylbewerber hinter dem Debstedter Tunnel geplant sei. Schon Mitte November wurde der Beirat Gröpelingen von der Absicht der Sozialbehörden unterrichtet, in einem ehemaligen Wohnheim des Hafenbetriebsvereins im Industriehafen asylsuchende Familien für 6 - 8 Wochen unterzubringen. In dieser Phase wehrte sich der Beirat gegen die ungenügende Betreuung der Kinder und gegen die Verslummung eines Stadtteils.

Unterrichtet vom Flüchtlingsrat nahmen Gröpelinger das Lager in Augenschein. Zwei Baracken, umgeben von Stacheldraht, eingeklemmt zwischen der berüchtigten Giftmüllagerstätte der Firma Plump und dem Betonwerk Baltus, von früh morgens bis spät abends von vorbeirumpelnden LKW-Kolonnen, Betonmischern und Baggern mit stetigem Lärm versorgt. DAB und Flüchtlingsrat, Gr[illegible]linger Bündnis gegen Neofaschismus & Ausländerfeindlichkeit und Nachbarschaftshaus, Gemeinde und Bürgerhaus Oslebshausen forderten den Beirat zu einer öffentlichen Sitzung auf, um eine gemeinsame Haltung zu diskutieren. Auf dieser umgehend einberufenen Sitzung wurde deutlich, daß Bürgermeister Scherf aufgrund der Wohnungsnot die Entstehung eines dauerhaften Übergangslagers nicht ausschließen wollte. Die AWO schlug vor, die Sozialbehörde solle Häuser aufkaufen und direkt oder mit Mietgarantie vermieten. Die Gröpelinger CDU verwies in einem Antrag auf die Wohnsituation: „Wohnraum muß Menschen auch zugemutet werden können." Inhaltsgleich der vom Beirat beschlossene SPD-Antrag. In der Sitzung wurde darauf hingewiesen, daß schon jetzt in Gröpelingen jede Form von Kriminalität [illegible] ausländischen Kollegen/Familien ange[illegible]stet werde. Türkische Familien würden abgestempelt, da die Sozialbehörde sich weigere, eine vernünftige Betreuung der Menschen sicherzustellen, die sie im Stadtteil ansiedle.

Mittlerweile wurden die Baracken frisch gestrichen, der Stacheldrahtzaun durch einen „freundlicheren Maschendraht" ersetzt. Die Gemeinschaftsküche soll Einzelkochplatten für jeden erhalten. Die Lage des Lagers bleibt ebenso wie die Isolierung. Kurdische Flüchtlinge z.B. erinnert dies an die Gefängnisse in der Türkei.

Selbst wenn aufgrund des Widerstandes ein Sammellager in Gröpelingen verhindert werden kann, bleibt die Gefahr, daß nach anderen Auslagerungsorten gesucht wird. Nach der letzten Beiratssitzung in Gröpelingen erscheint dies nicht abwegig. Immer wieder war bei der Sozialbehörde die Frage eines Sammellagers im Gespräch, z.B. 1980 das Hotelschiff Casa Marina im Kohlehafen. Umver-

teilungen zwischen den Bundesländern dauern zur Zeit über ein Jahr. Solange also könnte das Lagerelend auch in Bremen dauern.

Diskussionsforum zu den Thesen der BAF-Redaktion:

Pastor Ernst Uhl, Sprecher der Lidice Initiative, und die VVN-Gruppe West geben in dieser BAF-Ausgabe ihre Meinung zu den Thesen der BAF-Redaktion wieder. 2 Monate vor unserer Landesdelegiertenkonferenz werden hier noch mal wichtige Beiträge zu der notwendigen Diskussion um die Gestaltung der VVN-BdA und die gesamte antifaschistische Bewegung geliefert



Ernst Uhl

Als Heinrich Albertz in den letzten Jahren von Berlin auf's Altenteil nach Bremen kam, beglückwünschte er die Bremer bei einer Kundgebung am Antikriegstag auf dem Marktplatz zu dem in der Hansestadt wehenden frischen politischen Wind. Und mit Blick auf das gegenüberliegende Rathaus fügte Albertz hinzu: „Bewahrt euch diese Freiheit, die eine andere ist, als die im Umkreis des Schöneberger Rathauses!" Gemeint war hier mit Freiheit nicht nur die sprichwörtliche Liberalität und Toleranz aus Bremer Arbeiter-, Bürger- und Kaufmannstradition, sondern Freiheit durchaus inhaltlich: Aufgeschlossenheit und Engagement für Frieden und Antifaschismus. Gemeint war vor allem, daß sich ebendies wohltuend vom politischen Klima anderswo in der Bundesrepublik und Berlin (West) abhebt. Wenn das einer sagt, der „von draußen" kommt, hat das m. E. um so mehr Gewicht, weil er Vergleiche ziehen kann und weiß, wovon er spricht.
In Bremen sind die Bedingungen offensichtlich so, daß die antifaschistischen und Friedenskräfte sich besser entfalten können. Die von VVN-BdA begonnenen antifaschistischen Stadtrundfahrten können inzwischen auf eine fast zehnjährige Tradition zurückblicken. Daß diesbezüglich punktuell immer wieder eine Zusammenarbeit mit den Schulen möglich ist, ist nicht nur der GEW, sondern auch dem persönlichen Einsatz des derzeitigen Schulsenators Horst-Werner Franke zu verdanken (man kann zu ihm stehen wie man will, aber so sind die Tatsachen). Wo ist sonst so leicht eine Schulbehörde zu finden, die Schülern zur Teilnahme am Gedenkmarsch aus Anlaß der Reichspogromnacht unterrichtsfrei gibt? Ein nicht unwesentlicher Beitrag dürfte aber auch — zumindest auf evangelischer Seite — die Beschaffenheit des kirchlichen Spektrums in Bremen sein. Zu erwähnen ist hier die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden: Daß die Lidice-Initiative, die für Völkerverständigung, Vertrauensbildung und Abrüstung besonders gegenüber unserem Nachbarland Tschechoslowakei tätig ist, gerade in Bremen Fuß fassen konnte, anstatt in Nürnberg, Bayreuth oder Regensburg, wo sie geographisch hingehörte, ist ein weiterer Beleg für die besseren Möglichkeiten hierzulande.
Gerade die Tätigkeit der Lidice-Initiative und ihre immer noch nicht unumstrittene Akzeptanz bei den politisch Mächtigen in Bremen zeigt aber, daß zu überschwenglichem Lob kein Anlaß besteht — und wieviel noch zu tun bleibt. Modellhaft ist hier ein antifaschistisches Bündnis zustandegekommen — VVN-BdA, DGB, Kirche, Parteien einschließlich DKP, Universität, Vertreter des Senats. Nur ist dieses seit 10 Jahren bestehende Bündnis bis heute noch nicht aus der Gefahr heraus, von den Regierenden nach Belieben unterlaufen oder nur als Vorzeigeinstrument zur Klimapflege gegenüber offiziellen Besuchern aus den soziaistischen Staaten benutzt zu werden. Konkrete Unterstützung ist nicht Bestandteil der offiziellen Politik, sondern bleibt den Regierenden von Fall zu Fall immer wieder neu abzuhandeln. Daß Letzteres von Fall zu Fall auch gelingt, manifestiert sich in ermutigenden Zeichen wie der Schaffung der Jugendbildungsstätte „Lidice-Haus" oder neuerdings den Bemühungen um die Errichtung eines Lidice-Denkmals in den Wallanlagen. Nichtsdestotrotz sieht sich antifaschistische und Friedensarbeit auch in Bremen immer wieder zurückgeworfen und reduziert auf „Privatinitiative" von einigen wenigen freiwillig Aktiven. Das ist die Realität. Um damit leben zu können, ist es notwendig zu erreichen, daß die Breite des antifaschistischen Bündnisses von keiner Seite infragegestellt wird. Weder Kommunisten noch Christen noch Sozialdemokraten noch irgendein Bündnispartner darf das Gefühl haben, nur taktisch geduldet oder gar vereinnahmt zu werden. Weil das Feld groß ist und die Zeit lang sein wird, die wir noch zusammenzuarbeiten haben, müssen **Vertrauen, Offenheit** und **konstruktives Verhalten** jeglicher Versuch der Instrumentalisierung ausschließlich helfen.



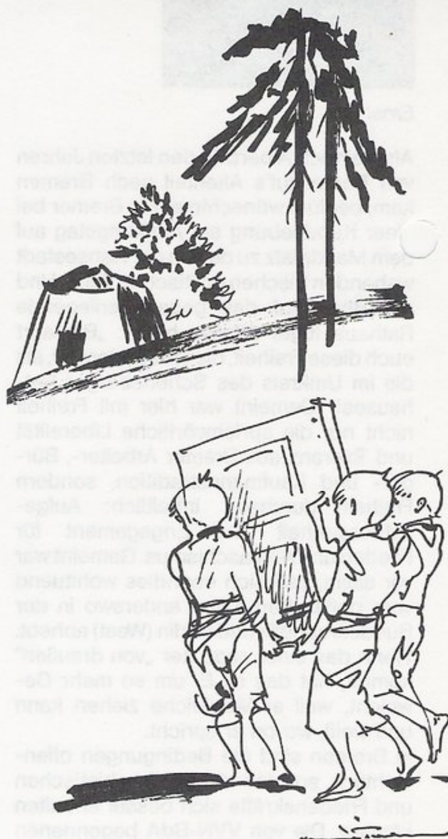
Gruppe West, Birgit Reichl:

Wir begrüßen die breite Diskussion zur antifaschistischen Politikentwicklung innerhalb und außerhalb der VVN-BdA.
Auf unserem Diskussionsabend wurden einige kritische Äußerungen zum Thesenpapier gemacht. Diese möchten wir hier offenlegen.
Die Diskussion haben wir in zwei thematische Bereiche unterteilt. Die Thesen 1, 2, 4 und 8 beziehen sich eher auf die veränderte Situation, der sich die VVN-BdA

stellen muß und die Thesen 3, 5, 6, 7 und 9 auf die Konsequenzen, die aus dieser Situation zu ziehen sind.
Kontrovers diskutiert wurde zum einen die Frage, ob wir uns wirklich in einer Umbruchphase befinden oder ob die in These 1 genannten Veränderungen nicht Bestandteile einer sich stetig weiterentwickelnden Politik sind.
In der Friedens- wie auch in der antifaschistischen Bewegung kann es keine bloße „Weg-mit"-Strategie geben, sie muß immer mit der Suche nach neuen Perspektiven einhergehen, also „Weg mit Jäger 90 und Tiefflügen" plus Aufbau einer friedlichen Zukunft oder „Weg mit den faschistischen Parteien" plus Kampf um eine antifaschistische BRD.
In diesem Kampf steht nach These 3 die antifaschistische Bewegung, und damit auch die VVN-BdA, vor der neuen Aufgabe nicht nur zu reagieren und zu appelieren, sondern eigenständige, zukunftsweisende Politik zu entwickeln und zu verwirklichen. Dabei drängte sich uns die Frage auf, was genau versteht die Redaktion unter einem solchen „Zukunftsentwurf" und vor allem, was hat denn die VVN in den letzten 41 Jahren getan, etwa nur Apelle in die politische Auseinandersetzung eingebracht, wie die These unterstellt? Hat sie nicht bei der Vorbereitung des 8. Mai 1985, des 9. November 1988, bei Auseinandersetzungen um Entschädigungsleistungen, im Kampf gegen den Neofaschismus usw. gezeigt, daß sie sehr wohl in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen und daß sie weiß, was es heißt, Grundsätze für eine antifaschistische BRD in praktische Veränderungen in der Politik umzusetzen?
Was ist gemeint mit „das 40. Jahr der Gründung der BRD könnte Beginn eines politischen Umbruchprozesses werden?" Das Neue, das sich durch solch einen Umbruchprozess entwicklend soll,- muß sich doch immer auf „irgendwas" gründen, in diesem Falle auch auf die bisher geleistete Arbeit, auf bisher Errungenes.
In der Frage der Anerkennung des antifaschistischen Widerstandes ist sicher für uns eine neue Lage entstanden, wenn auch die gesellschaftliche Anerkennung noch nicht voll durchgesetzt, der Antifaschismus noch nicht allgemeines gesellschaftliches Gedankengut geworden ist. Das zeigen u.a. die geplante Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts, aber auch Aussagen über eine „Verrassung der Gesellschaft" seitens des bayrischen C.D.U. Politikers Stoiber und der Abdruck eines Artikels von Kanzler Kohl in der neofaschistischen Jugendzeitschrift „Mut".
In These 5 wird gesagt, die VVN-BdA sei nicht mehr die einzige Organisation, die sich mit Antifaschismus beschäftigte, sondern eine unter vielen, da sich allerorts antifaschistische Initiativen u.ä. gebildet hätten und auch Kirchen, Parteien, Gewerkschaften usw. sich mit Antifaschismus beschäftigten. Was ist es denn, was die VVN-BdA ausmacht? Zum einen ist sie die einzige antifaschistische Organisation, in der antifaschistische Widerstandskämpfer gemeinsam mit KameradInnen, die nach der Zeit des Faschismus geboren sind, kämpfen. Zum anderen gibt es keine weitere Organisation, in der Menschen verschiedenster politischer und weltanschaulicher Ansichten „unter einem Dach" aktiv sind. Nur die VVN-BdA vertritt die WiderstandskämpferInnen; nur diese Organisation geht von den Erfahrungen des Widerstandes aus an die Erklärung von Wesen und Ursachen des Faschismus. Eine antifaschistische Zukunft kann nur auf der Grundlage der Erfahrungen der alten KameradInnen entwickelt werden.
Selbstverständlich ist es sehr positiv, daß sich heute viele gesellschaftlich relevante Gruppen antifaschistischer Themen angenommen haben. Wir freuen uns über die Bildung von antifaschistischen Initiativen in nahezu der gesamten BRD. Wir meinen jedoch, das dies vor allem auch ein Verdienst der VVN-BdA ist. Die VVN-BdA hat immer darum gekämpft, daß andere Institutionen (z.B. Gewerkschaften, Parteien) in Fragen des Antifaschismus nachziehen, sie hat hier immer eine Vorreiterrolle übernommen.
In den Thesen 6 bis 8 werden Probleme angesprochen, wie die Bewältigung neuer gesellschaftlicher Aufgaben, vor allem jüngerer Mitglieder in die konkrete politische Arbeit der VVN-BdA. Es sei nicht gelungen, ein politisches Klima zuentwickeln, das die Arbeit für diese jungen Menschen interessant und attraktiv mache.
Wir meinen, daß wir in diesem Punkt besonders gefordert sind. Gerade in der Frage der Einbeziehung von mehr KameradInnen ist sicher zum Teil eine ganz andere Herangehensweise notwendig. Aber bedeutet das wirklich, wie in These 8 formuliert ist, daß sich „die Frage nach Aufgabe und Bedeutung von . . . Mitgliederversammlungen neu stellt", die VVN-BdA vielleicht ganz andere Strukturen braucht? Wir meinen nein. Gerade bei der Mitgliederstruktur der VVN-BdA sind und bleiben die MV's unersetzbar. Die Einbeziehung neuer Mitglieder muß vielmehr über die MV's laufen, die jungen KameradInnen müssen von der Gruppe „an ihren Interessen gepackt werden", es muß ein Gruppenleben entwickelt werden, daß für sie interessant ist und spannende Aufgabenfelder bietet. Dazu gehört eine attraktive Form der Geschichtsvermittlung und -analyse, eine abwechslungsreiche Bildungsarbeit, Aktionen, wie auch persönliche Kontakte (Ausflüge, Teeschnack u.ä.).
Die Einbeziehung sollte in den Gruppen konzeptionell erarbeitet werden.
Vielleicht sollten die Gruppen dazu ja sogar mal das „O + A –Programm" in die Hand nehmen . . .

Internationales Workcamp Marzabotto – Italien

Der Service Civil International in Bonn bietet jungen VVN-Mitgliedern (nicht älter als 25 Jahre!) die Möglichkeit in den nächsten Sommerferien 2 Wochen an einem internationalen Workcamp in Marzabotto teilzunehmen.
Der Teilnehmerbeitrag beträgt lediglich DM 300,– dafür werden die Reisekosten, Unterkunft, Verpflegung und Programm geboten. Die tägliche Arbeit besteht aus der Renovierung von Denkmälern, von denen in Marzabotto und Umgebung viele stehen. 1944 wurde das Dorf von SS-Einheiten zerstört, ca. 1700 Einwohner wurden ermordet.
Mittlerweile hat Marzabotto feste Verbindungen mit dem Gustav-Heinemann-Haus in Bremen-Nord. In den Sommerferien werden dann auch 30 - 40 Einwohner Marzabottos Vegesack besuchen. Hier ist also die Möglichkeit gegeben, die beim Workcamp geknöpften Kontakte zu vertiefen.
Auskunft im VVN-Büro, Tel. 38 29 14.



BUNDESWEITE AKTIONSKONFERENZ GEGEN NEOFASCHISMUS UND RASSISMUS
am 28./29. Januar 1989 in Bremen

Aktionsresolution

1. Zur Wahl zum Europäischen Parlament beabsichtigen in verschiedenen europäischen Ländern neofaschistische Parteien zu kandidieren. In der Bundesrepublik Deutschland wollen die DVU im Bündnis mit der NPD, die Republikaner, die FAP, die NF sowie andere neofaschistische Parteien kandidieren. Die bereits vorhandene Vertretung neofaschistischer Gruppen im Europäischen Parlament ist schon jetzt Basis für ihre organisatorische Festigung und öffentliche Darstellung. Im europäischen Maßstab können neofaschistische Organisationen und Parteien zu einem noch gefährlicheren politischen Faktor werden.

Neofaschistische Organisationen in Europa schüren den Fremdenhaß gegen viele Einwanderer und Flüchtlinge. Mit demagogischen Formeln werden diese Gruppen zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Mißstände gemacht. Ermutigt durch die Politik konservativer Regierungen gehen die Neofaschisten zu tätlichen Angriffen gegen Menschen über.

Erfolge von Neofaschisten in der Bundesrepublik sind für Europa ein besonderes Alarmzeichen. Deutsches Vormacht- und Revanchedenken hatte schon zweimal verheerende Folgen für die Völker Europas. Die vom Faschismus verbreiteten Greuel wirken bis heute nach. Daraus müssen wir lernen - nur ein gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte kann den Anfängen wehren und Faschismus verhindern. Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik trifft deshalb eine besondere Verantwortung, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um diese neuen Anfänge und alten Fortsetzungen faschistischer Politik im Keime zu ersticken.

2. In Erwägung dessen, beschließen die TeilnehmerInnen der Aktionskonferenz:

die Durchführung einer gemeinsamen Kampagne gegen "Neofaschismus und Rassismus" unter dem Motto:

"Leben und Lieben,
dem Haß keine Chance.
Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus!"

Unter diesem Motto werden von den zahlreichen unterstützenden Initiativen und Organisationen gemeinsam Veranstaltungen und Aktionen mit dem Ziel der Gleichberechtigung in einer multikulturellen Gesellschaft und der Schaffung eines antifaschistischen Klimas in Städten und Gemeinden zur gesellschaftlichen Ächtung des Neofaschismus und Rassismus durchführen.

Wir appellieren an alle Menschen, der Propaganda, den Veranstaltungen und der Kandidatur neofaschistischer Gruppen entgegenzutreten und sie nach Kräften zu verhindern.
Wir rufen dazu auf, den antifaschistischen Auftrag des Artikel 139 Grundgesetz uneingeschränkt zu verwirklichen und insbesondere für die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen zu sorgen.
Wir rufen dazu auf, die Diskriminierungen durch Ausländer- und Asylrecht abzuschaffen, Ausländerwahlrechte einzuführen und sich für ein multikulturelles Zusammenleben einzusetzen.
Wir fordern die Mitglieder des Bundeswahlausschusses auf, die DVU-Liste D und andere neofaschistische Organisationen nicht zur Wahl zuzulassen.

Diesen Anliegen wollen wir durch gemeinsame Aktionen Nachdruck verschaffen:

* Dezentrale Kampagnen und zentrale Aktion zur Bundeswahlausschußsitzung am 21. April 1989 mit dem Ziel: Nichtzulassung neofaschistischer Parteien.

a) Verhinderung von Postwurfsendungen der DVU-Liste D und Entwicklung von Postkarten- und Annahmeverweigerungs-Aktionen.
b) Herausgabe eines gemeinsamen Plakates mit dem Motto und vielfältige Plakataktionen gegen neofaschistische Organisationen.
c) Unterstützung der Demonstration der örtlichen Initiative gegen die zentrale Aschermittwochs-Kundgebung der DVU am 11.Februar in der Nähe von Passau und gegen die DVU-Versammlung am 27.Mai 1989 in Passau.
d) Initiativen zur Verhinderung von Propaganda der DVU im Rundfunk.
e) Aktionen gegen Druckereien und Verteilerorganisationen von neofaschistischem Propagandamaterial.
f) Unterstützung von Menschen, die sich an ihrem Arbeitsplatz gegen die Herstellung und Verbreitung neofaschistischer Propaganda wehren.
g) Wir rufen zu Aktionen gegen Zeitungen und Anzeigenblätter, in denen neofaschistische Organisationen annoncieren, und zum Boykott solcher Zeitungen auf.
h) Dezentrale Aktionen im Rahmen des auf der internationalen Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus in Berlin beschlossenen Aktionswochenendes gegen Faschismus und Rassismus am 22./23.4.1989.
i) Dezentrale Aktionen um den 8.5.89.
k) Aktionen am Wahltag 18.6.89.
l) Erarbeitung von antifaschistischen Bürgeranträgen (z.B. Bonn, Wuppertal usw.).
m) Initiativen für antifaschistische Bildung und Aufklärung an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen.
n) Gemeinsame Aktionen gegen die Verschärfung der Ausländergesetzgebung durch die Bundesregierung.
o) Ausweitung antifaschistischer Tätigkeiten auf lokaler Ebene; Einbeziehung von Ausländerorganisationen und anderen Organisationen mit antifaschistischer Zielsetzung.

3. Die Aktionskonferenz setzt einen Arbeitsausschuß ein, der eine lockere Koordinierung der Aktionen und Veranstaltungen vornimmt, ein gemeinsames Plakat entwickelt und weitere Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches - auch auf europäischer Ebene - vorbereitet. Der Arbeitsausschuß wird beauftragt mit ausländischen antifaschistischen Organisationen Kontakt aufzunehmen und a) die Ergebnisse der Konferenz zu diskutieren, b) sie zur Mitarbeit zu bewegen und c) zu gemeinsamen Aktionen aufzurufen.

4. Mit großen Zielen wälzen die Mächtigen in Politik und Wirtschaft West-Europa um: Führung auf dem Weltmarkt, Atommacht, starker Überwachungsstaat, Zerschlagung sozialer Errungenschaften, möglichst geringe Beschränkungen bei der Zerstörung und Belastung der Umwelt, uneingeschränkter Einsatz menschen- und umweltgefährdender Technologien wie der Gentechnologie.

Viele Menschen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind von Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Militarisierung und Kriegsgefahr betroffen. Angst und Verunsicherung breiten sich aus. Abbau sozialer Versorgung, Einschränkung der demokratischen Freiheiten, Zerstörung sozialer und kultureller Lebenszusammenhänge, Ausgrenzung und Diskriminierung werden gegen den Widerstand vieler massiv vorangetrieben.

Nationalismus, Rassismus, Militarismus, "Law-and-Order"-Mentalität, sexuelle Diskriminierung und der Haß auf Fremde und Andersdenkende nehmen zu und werden gefördert.

Erziehung zum Überleben

Pädagogik im Exil nach 1933
Schulgeschichtliche Sammlung zeigt Ausstellung im Stadtarchiv

Erziehung zum Überleben – vor dieser Aufgabe standen Pädagoginnen und Pädagogen, die nach 1933 aus Deutschland emigrieren mußten und unter den Bedingungen des Exils ihr pädagogisches Wirken fortsetzen. Mehrere kehrten nach dem Krieg nach Bremen zurück: Grete Henry, Martha Friedländer, Eva Seligmann, Fritz Borinski und Minna Specht. Um die Erinnerung an die von ihnen und anderen geleistete pädagogische Arbeit während der Emigration zu dokumentieren und würdigen, zeigen die Schulgeschichtliche Sammlung des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit – Brüderlichkeit – vom 19. Januar bis 23. Februar 1989 die Ausstellung „Erziehung zum Überleben – Pädagogik im Exil nach 1933" in den Räumen des Staatsarchivs.

Die in Kürze zu sehende Ausstellung basiert auf Ergebnissen und Materialien des Forschungsprojekts „Pädagogisch-Politische Emigration", das die Gesamthochschule Kassel unter Leitung von Prof. Dr. Hildegard Feidel-Mertz durchführt. Sie wird ergänzt mit Biographien der nach dem Kriege nach Bremen zurückgekehrten Pädagoginnen und Pädagogen und enthält zahlreiche Leihgaben aus privaten und öffentlichen Archiven.

Die Ausstellung wird vom 19. Januar bis 23. Februar 1989 montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr und donnerstags bis 20 Uhr im Staatsarchiv gezeigt. Der Eintritt ist kostenlos. Anstelle eines Kataloges wird Literatur zum Thema der Ausstellung zu Sonderpreisen angeboten.

Prozeß gegen Antifaschisten

Am 15. 2. 1989, 13.30 Uhr, findet im Amtsgericht, Bremen, der Prozeß gegen einen Antifaschisten statt, der 1987 den DVU-Propagandamüll in die Weser gekippt haben soll. Dafür soll er jetzt ein Bußgeld bezahlen. Gemeinsam mit diesem Antifaschisten wollen wir uns deshalb an dem Tag beim Eingang B des Amtsgerichtes treffen um zu überlegen, wo der braune Mist denn sonst hingehört.

Unsere Lieder

Konzert des Bremer Solidaritätschors unter Leitung von Brenda Basar
am Samstag, dem 25. Februar
um 19.00 Uhr Uhr in der Schauburg

Weitere Mitwirkende: Aline Barthelemy, Horst Breiter, Andreas Lieberg und Can Tufan

Veranstalter: Verein türkischer Arbeitnehmer e.V.

„Unsere Lieder" – das sind türkische Volkslieder, die noch heute von den Bauern, den Arbeitern und den Linken gesungen werden. Sie werden zum Teil seit Jahrhunderten von einer Generation an die andere weitergegeben und sind noch so aktuell und lebendig wie zur Zeit ihrer Entstehung. Obwohl in der bürgerlichen Gesellschaft der Türkei vergessen und verpönt, etliche durch die herrschende Klasse immer wieder verboten, bewegen diese Lieder das Volk bis heute.

Gruppe Ost

22. 02. 1989, 19.30 Uhr,

JAHRESHAUPT-VERSAMMLUNG

Bürgerhaus Weserterassen.

Die Wahlkämpfe für die Bremische Bürgerschaft und das Europäische Parlament sind Auseinandersetzungen über Ausländerfeindlichkeit und Demokratie. Die Gruppe Ost will ihren Beitrag dazu auswerten und die nächsten Mahnwachen anläßlich der Bürgerschaftssitzungen vorbereiten.

Gruppe Nord

JAHRESHAUPT-VERSAMMLUNG

17. 02. 1989, 20.00 Uhr
Bürgerhaus Vegesack.

Geburtstage im Februar

Meta Böttcher	1.2.,	79 Jahre
Anna Meyer	5.2.,	89 Jahre
Anneliese Fenner	9.2.,	69 Jahre
Helene Winter	9.2.,	76 Jahre
Manuel Cacino	12.2.,	77 Jahre
Johanna Ellmers	17.2.,	71 Jahre
Lotti Pape	22.2.,	85 Jahre
Waltraud Metz	23.2.,	63 Jahre
Wilma Reinhardt	24.2.,	94 Jahre

